

Schweizerisches : mehr Geld für die Krankenversicherung

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **66 (1972)**

Heft 12

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der Routen durch Laos und Saigon, so daß heute Thailand zum Zentrum des Opiums und Heroinhandels in Südostasien geworden ist. Die thailändische Regierung ist vom Drogenhandel, der die ausländischen Devisen einbringt, abhängig und die Amerikaner ihrerseits sind auf die thailändische Regierung angewiesen. Söldnerarmeen wurden seinerzeit durch die USA ausgebildet — heute sind sie die letzten, die den Kampf am Boden führen. Würde die amerikanische CIA den Mohnanbau und den Schmuggel in diesen Gebieten unterbinden, wozu sie nach dem Bericht der «Far Eastern Economic Review» durchaus in der Lage wäre, so könnte sie auch nicht mehr auf die militärische Hilfe der Meos zählen. Kommerzielle Organisationen, Prostitution und Kriminalität sind mit der Präsenz der Amerikaner gewachsen. Eines der Resultate ist der systematisierte Rauschgifthandel, dazu ein Transportsystem so perfektioniert wie die US-Präsenz selbst. «Sie zogen», wie die «Basler National-Zeitung» schreibt, «in einen heiligen Krieg, um den Kommunismus auszurotten und ihre asiatischen Märkte zu schützen und brachten Heroin nach Hause. So lebt der schmutzige Krieg in den USA weiter».

Angesichts der oben erwähnten und mehrfach verbürgten Meldungen über die Herkunft der Drogen fällt es schwer, anzunehmen, daß ein Land wie China, nachdem es sich unter gewaltigen Schwierigkeiten von der ihm aufgezwungenen Drogenseuche befreit hat, von neuem Opium anbauen und vertreiben soll. — Red.

Schweizerisches

Mehr Geld für die Krankenversicherung

In den letzten Monaten ist vor allem aus Ärztekreisen der an und für sich naheliegende Vorschlag gemacht worden, der Kostenexplosion auf dem Gebiete der Gesundheitskosten mit einer vermehrten fiskalischen Belastung auf alkoholischen Getränken und Tabakwaren zu begegnen. Naheliegend deshalb, weil in der Schweiz für diese Genußmittel weit über 4 Milliarden Franken jährlich ausgegeben werden und weil diese Produkte zudem unsere Volksgesundheit bedrohen. In Beantwortung der Einwände, die gegen diese Lösung in der Öffentlichkeit etwa vorgebracht werden, hat die Schweizerische Zentralstelle gegen den Alkoholismus (SAS) in Lausanne dem Bundesrat, den Kantonen, sämtlichen National- und Ständeräten, den schweizerischen Parteien sowie den Ärztevereinigungen, Krankenkassen und Gesundheitsligen ein Memorandum zugestellt.

Die AHV wird nicht beeinträchtigt

Für die AHV werden zur Zeit nur die Erträge der fiskalischen Belastung von Tabak und gebrannten Wassern (soweit diese nicht der Landwirtschaft, den Kantonen und der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen zufließen) zur Verfügung gestellt, während weder Wein noch Bier noch Obstwein zugunsten der AHV belastet werden. Es ist also nicht aller Alkohol «für die AHV reserviert».

Der AHV würde in diesem Falle keine Mittel entgehen, da es sich beim Bier und Wein um eine Erstbelastung, bei Spirituosen und Tabak um eine Zusatzbelastung handeln würde.

Milliardensumme zur Besteuerung frei

Die fiskalische Belastung ist in der Schweiz verhältnismäßig niedrig, was auch immer die am Absatz interessierten Kreise behaupten mögen. Andere Länder belasten alkoholische Getränke und Tabak zum Teil schon jetzt stärker als die Schweiz. Besonders berücksichtigt werden muß, daß es sich dabei nicht um Produkte des täglichen Bedarfes, sondern um Luxusgüter handelt, deren Konsum zudem volksgesundheitlich nicht unbedenklich ist. Für alkoholische Getränke wurden im Jahre 1970 etwas über 3 Milliarden Franken ausgegeben, wovon der AHV aus der fiskalischen Belastung der gebrannten Wasser 65 Millionen zukamen, was ganze 2,17 Prozent ausmacht. (Bei den gebrannten Wassern ist der Ansatz natürlich höher, dafür gehen die vergorenen Getränke leer aus.) Die Tabaksteuer brachte 1970 648 Millionen Franken ein, wobei die Gesamtausgaben sich auf ungefähr 1,6 Milliarden belaufen müssen. Eine zusätzliche Belastung zugunsten der Krankenversicherung in der Höhe von 10 Prozent der Gesamtausgaben für Tabakwaren und alle alkoholischen Getränke würde beim jetzigen Stand jährlich ca. 500 Millionen eintragen, was ungefähr den heutigen Leistungen der öffentlichen Hand für die Krankenkassen entsprechen dürfte.

Keine Angst vor Konsumrückgang

Die Befürchtung, daß bei einer Steuererhöhung der Konsum und demzufolge die Steuererträge zurückgingen, ist leider nicht sehr aktuell. Einmal sind die Steuererhöhungen in der Schweiz meistens nicht so stark, daß sie einen wesentlichen Konsumrückgang hervorrufen würden. (Auch die diskutierten 10 Prozent des Wertes wären nicht hoch genug.) Seit Kriegsende (Durchschnitt der Jahre 1945/51) ist der Anteil der AHV am Reingewinn der Alkoholverwaltung von 11 auf 56,3 Millionen (Durchschnitt 1966/71) angestiegen, obwohl die Steueransätze auf einheimischen Spirituosen von Fr. 2.— je Liter auf Fr. 4.40 bzw. Fr. 5.20, auf ausländischen sogar von Fr. 2.80 auf Fr. 7.20 bis Fr. 12.40 je Liter

erhöht worden sind. Der Konsum je Kopf der Bevölkerung ist in derselben Zeit von 3,02 auf 4,71 Liter Branntwein angewachsen.

Solange die Alkoholsteuern nicht stärker steigen als das Realeinkommen der Bevölkerung, ist keine konsummindernde Wirkung zu erwarten. Das zusätzliche Realeinkommen wird nach Deckung des Existenzbedarfes zu einem großen Teil für «gehobene» Konsumbedürfnisse verwendet, wobei Alkohol und Tabak in immer besseren Qualitäten eine wichtige Rolle spielen. Nur eine sehr massive Steuererhöhung könnte einen Konsumrückgang verursachen, wobei der Steuereingang durch den hohen Ansatz auch bei einer niedrigeren Konsumhöhe noch höher sein kann als vorher. (Ein echter Konsumrückgang würde übrigens die Soziallasten auf anderen Gebieten weniger rasch ansteigen lassen und dafür die Produktivität steigern, so daß trotzdem mehr Mittel für die AHV/IV und die Krankenversicherung greifbar wären.)

Daß trotz sinkender Menge die Erträge steigen können, beweist die Erhöhung der fiskalischen Belastung auf Whisky und Gin in den Jahren 1963 bis 1965: Der Steueransatz wurde je Liter um 100 Prozent, von Fr. 3.— auf Fr. 5.20, erhöht, was 73 Prozent ausmachte. Der Import sank im selben Zeitraum von 1 600 000 Liter auf 1 520 000 Liter, also nur um 5 Prozent. Daraus läßt sich ein Ansteigen der Erträge von 4,8 auf 7,9 Millionen errechnen; trotz Konsumrückgang stiegen die Steuern um 65 Prozent. Sogar wenn die Importe um 43 Prozent gesunken wären, hätte die AHV immer noch gleichviel erhalten wie vorher.

Der Weg über die Belastung von Alkohol und Tabak dürfte sowohl aus finanzpolitischer wie volksgesundheitlicher Sicht begehbar und empfehlenswert sein.

Eduard Muster in «SAS-Information»
Schweiz. Zentralstelle gegen den Alkoholismus, Lausanne



Eine nicht imperialistische Entwicklungspolitik

Ohne rigorose Abrüstungspolitik gibt es keine reale Entwicklungspolitik. Nur wenn sich die Staaten dieser Welt schrittweise von der Last ihrer riesigen Rüstungsaufgaben befreien, eröffnet sich eine Möglichkeit, durch wirklich große ökonomische Hilfsprogramme die unerläßlichen innergesellschaftlichen Anstrengungen und Veränderungen in den vorindustriellen Ländern wirksam zu unterstützen. Auf Kosten der Rüstungsbudgets, die heute 4 bis 5, in den USA 10 Prozent des Sozialprodukts ausmachen, ist die Entwicklungshilfe dieser Länder von heute 0,6 Prozent auf mindestens 1,5 Prozent des Sozialprodukts zu steigern.

Fritz Vilmar